

## Die Kritik wird immer lauter

Kantonsparlamente in der ganzen Deutschschweiz kritisieren das Frühfranzösisch. Auch in St. Gallen lebt die alte Debatte neu auf.

Jochen Tempelmann

Seit über zwanzig Jahren gilt für die meisten Schweizer Schülerinnen und Schüler die Regel: Die erste Fremdsprache beginnt in der dritten Klasse, die zweite Fremdsprache in der fünften. Die Ostschweizer Kantone gewichten Englisch höher – als Sprache von Wirtschaft und Wissenschaft wird der Unterricht ab der dritten Klasse kaum hinterfragt. Anders ist es mit der Landessprache Französisch: Regelmässig stellt die Politik die Sinnfrage.

Lange blieb es bei vereinzelt Vorstössen – mittlerweile hat das Thema in diversen Kantonen Fahrt aufgenommen. Auch in St. Gallen brodelt es. Die nationale Einigkeit in Sachen Frühfranzösisch gerät ins Wanken.

### Nationale Lösung in der Kritik

Heute beginnt der Fremdsprachenunterricht in der ganzen Ostschweiz mit Englisch in der dritten Klasse. Zwei Jahre später haben die meisten Schülerinnen und Schüler ihren ersten Französischunterricht. Dass Schülerinnen und Schüler früh mit zwei Fremdsprachen beginnen sollen, war 2004 von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK beschlossen worden und wurde in den folgenden Jahren in den meisten Kantonen umgesetzt.

In der Region hat einzig Appenzell Innerrhoden den Beschluss nie umgesetzt, hier setzt Französisch als zweite Fremdsprache erst in der Sekundarschule ein. Appenzell Auser rhoden, der Thurgau und St. Gallen sind hingegen dem HarmoS-Konkordat beigetreten, mit welchem die meisten Kantone gemeinsam die obligatorische Schulbildung harmonisieren wollen. Der Beginn des Fremdsprachenunterrichts ist Teil des Konkordats. Doch immer wieder stellt die Politik das HarmoS-Konkordat infrage – derzeit ist die Kritik lauter denn je (siehe Box).

### «Das heisse Eisen anfassen»

Auch in St. Gallen brodelt es: Im vergangenen September hat die FDP eine bislang unbeantwort-



Frühfranzösisch-Unterricht in einer fünften und sechsten Klasse: Die nationale Einigkeit zum Thema gerät ins Wanken. Bild: Dominik Wunderli

tete Interpellation eingereicht. Darin möchte sie wissen, ob die Regierung bereit sei, das «heisse Eisen anzufassen» und den Französischunterricht erst ab der 7. Klasse zu prüfen.

Raphael Frei, Präsident der St. Galler FDP und Kantonsrat, hat die Interpellation mit ausgearbeitet. Als langjähriger Oberstufen-Schulleiter in Waldkirch und heutiger Rektor der Schule Buchs kennt er den Sprachunterricht aus erster Hand. Er sagt: «Aus pädagogischer Sicht ergibt es Sinn, die zweite Fremdsprache erst ab der Oberstufe zu unterrichten.»

Frei sagt: «Man darf das Thema nicht zu emotional sehen.» Grundkompetenzen liessen sich im Englisch leichter erwerben, deswegen sei es sinnvoll, mit dieser Sprache zu beginnen. Mit dem erworbenen Wissen über Sprachen könnten Schülerinnen und Schüler dann ab der siebten Klasse schnellere Lernfortschritte machen: «Aus der Perspektive der Lernforschung bringen Intensivkurse einen schnelleren Lernfortschritt.»

Frühere Vorstösse hatten teils heftige Reaktionen in der

Westschweiz ausgelöst. Dort ist Deutsch bis heute die erste und Englisch die zweite Fremdsprache. Kritische Stimmen sehen bei einem weiteren Abbau in der Deutschschweiz den Landesfrieden gefährdet. Frei sagt: «Es ist wichtig, dass die zweite Landessprache im Unterricht Platz findet.» Ein späterer Beginn sei

nicht mit einem schlechteren Sprachniveau der Schülerinnen und Schüler gleichzusetzen.

### Im zweiten Anlauf soll es klappen

Der jüngste Vorstoss in St. Gallen ist nicht der erste Angriff aufs Frühfranzösisch in der Ostschweiz. Von Anfang an sa-

hen viele politische Kräfte die von HarmoS ausgehende Vereinheitlichung kritisch. Im Thurgau wäre das Frühfranzösisch 2017 um ein Haar abgeschafft worden. Nach jahrelangen Diskussionen hatte der Grosse Rat im Mai 2017 eine Gesetzesrevision angenommen, die die Abschaffung beinhaltete. Einen Monat später verwarf er aber die Abschaffung – mit einem denkbar knappen Ergebnis von 62 zu 60 Stimmen. Seitdem ist im Thurgau Ruhe eingekehrt. Erziehungsdirektorin Denise Neuwiler sagt: «Die Abschaffung des Frühfranzösisch ist aktuell kein Thema im Thurgau.»

Praktisch zeitgleich mit dem Thurgau, wo die Debatte 2014 begann, stand das Frühfranzösisch auch in St. Gallen schon zur Debatte. Die SVP-Fraktion forderte nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule und verlangte in einer Motion von der Regierung den Austritt aus dem HarmoS-Konkordat. Der Kantonsrat lehnte das Geschäft aber deutlich ab.

Schon damals war Sandro Wasserfallen, SVP-Kantonsrat,

### Es gärt in der ganzen Deutschschweiz

St. Gallen ist mit seinem Vorstoss keinesfalls allein. Überall in der Deutschschweiz stellen bürgerliche und rechte Parteien das Frühfranzösisch infrage.

Schweizweit hat die FDP die Frage nach den Fremdsprachen aufgeworfen. Im vergangenen Sommer erschien ein Positionspapier zur Bildungspolitik. «Zweit- oder Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn sie nicht das Erlernen der lokalen Erstsprache beeinträchtigen», heisst es dort.

In Zürich wollen die rechtsbürgerlichen Parteien das Frühfranzösisch kippen. Die Chan-

cen stehen gut: Die Parteien hinter der Motion haben im Kantonsparlament eine Mehrheit.

In Bern hat der Grosse Rat im März 2024 eine Motion von GLP, FDP und SVP gutgeheissen. Darin wird der Regierungsrat beauftragt, «die Sinnhaftigkeit des Frühfremdspracherwerbs» zu prüfen.

In Luzern diskutiert die Politik ebenfalls Anpassungen beim Französischunterricht, in Basel-Stadt war Frühfranzösisch im vergangenen Jahr Wahlkampfthema, in Basel-Landschaft war es 2023 Inhalt eines Postulats. (jot)

## Post will Briefsortierung in Gossau schliessen

Die Post verarbeitet weniger Briefe. Deshalb will sie die Sortierung in Gossau verlagern. 70 von 120 Mitarbeitenden sind betroffen.

Jolanda Riedener

Die Post will die Briefsortierung bündeln und plant, das Sortierzentrum in Gossau zu schliessen. Hintergrund ist der Rückgang an Briefen: Jährlich seien es fünf Prozent weniger. Deshalb beabsichtigt die Post, die Sortierung von Gossau nach Zürich-Mülligen zu verlagern. Davon betroffen sind 70 Mitarbeitende. «Die Arbeitsplätze in der Sortierung würden sich voraus-

sichtlich von Gossau nach Zürich-Mülligen verschieben», schreibt die Post am Mittwoch in einer Mitteilung. Sie gehe davon aus, dass sie allen betroffenen Mitarbeitenden eine Stelle anbieten könne.

Heisst: Von den heute 120 Mitarbeitenden am Standort Gossau würden künftig voraussichtlich 70 in Zürich-Mülligen arbeiten. Man werde aber auch individuelle Lösungen prüfen, heisst es bei der

Medienstelle der Post auf Nachfrage.

### Konsultationsverfahren startet bald

Die Mitarbeitenden haben im Rahmen eines Konsultationsverfahrens die Möglichkeit, Vorschläge einzubringen, wie «all-fällige negative Folgen» abgefedert werden können. Die Post tausche sich dazu regelmässig mit ihren Sozialpartnern aus. Das Konsultationsverfahren be-

ginnt am 27. Februar und endet Mitte März.

«Dass in der Region Arbeitsplätze verloren gehen, ist bedauerlich», sagt Florian Kobler, Gossauer Stadtparlamentarier und Präsident des kantonalen Gewerkschaftsbundes. Wenn möglich, sollten die Betroffenen einen Arbeitsplatz in der Region behalten können, sagt er. Darauf seien die meisten Personen angewiesen, zum Beispiel durch familiäre Ver-

pflichtungen. Am Standort Gossau will die Post grundsätzlich festhalten. Sie prüft, ob die frei werdenden Flächen für die Zustellung umgenutzt werden könnten. Diese befindet sich heute – nebst der Sortierung – bereits in Gossau. Ebenfalls bestehen bleiben Tätigkeiten rund um die Annahme für Geschäftskundinnen und -kunden, Aufbereitung von Sendungen oder die Nachtlogistik. Die Verlagerung von Gossau nach

Oberstufenlehrer und Bildungspolitiker, dabei. Heute sagt er: «Damals war die Zeit noch nicht reif.» Der Schritt, das Konkordat im Alleingang zu verlassen, habe viele abgeschreckt. «HarmoS beinhaltet auch viele gute Punkte», sagt er.

Doch die St. Galler Bildungspolitiker beobachten, wie es in anderen Kantonen gärt. Wasserfallen sagt: «In vielen Kantonen machen die Parlamente Druck auf die Bildungsdirektorinnen und -direktoren. Diese können wiederum auf die EDK einwirken und die Handlungsnotwendigkeit aufzeigen.» Mit genügend Rückhalt in den Kantonen liesse sich das HarmoS-Konkordat anpassen.

Auch in St. Gallen wird es nicht bei einer Interpellation bleiben. Die beiden Bildungspolitiker von FDP und SVP kündigen an, dass sie ihren Fragen schon bald konkrete Forderungen zum Frühfranzösisch an die Regierung folgen lassen wollen. Wie genau diese aussehen, ist noch nicht spruchreif. Doch Frei und Wasserfallen machen klar, dass sie ihr Anliegen diesmal überparteilich abstützen und ihm so zu einer Mehrheit verhelfen wollen. Einzelne Personen aus der Mitte haben bereits ihre Unterstützung signalisiert.

### Bildungsdirektorin bereit für Diskussion

Auf Anfrage will sich die St. Galler Bildungsdirektorin Bettina Surber nicht zur Interpellation äussern, da das Geschäft noch hängig ist. Sie signalisiert aber, dass das Thema die Erziehungsdirektoren-Konferenz bereits beschäftigt: «Die Debatte ist aufgrund von Vorstössen in verschiedenen Kantonen lanciert.»

Surber betont noch einmal, dass für die Abschaffung des Frühfranzösisch eine Anpassung des HarmoS-Konkordats notwendig wäre. Diesbezüglich zeigt sie sich gesprächsbereit: «Sollte ein entsprechender Prozess nicht aus der EDK selbst gestartet werden, hätte der Kanton St. Gallen bei entsprechendem politischem Willen die Möglichkeit, bei der EDK einen Antrag in diese Richtung zu stellen.»